LA Leitantrag "Was uns zusammenhält"

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	22.02.2019
Tagesordnungspunkt:	5 Leitantrag "Was uns zusammenhält" mit politischen Reden

Antragstext

1. Was uns zusammenhält: Mecklenburg-Vorpommern ökologisch, solidarisch und weltoffen gestalten

Am 26. Mai 2019 sind Kommunal- und Europawahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Diese Wahlen sind doppelt wichtig. Vor Ort, in den Dörfern, Städten und auf dem Land gestalten wir mit unserem kommunalpolitischen Ansatz das Zusammenleben. Neben der Kommunalpolitik hat die europäische Politik direkten Einfluss vor Ort und bietet eine wesentliche Unterstützung für die Regionen. Die komplexen Probleme in unserer globalisierten Welt lassen sich nur gemeinsam lösen. Wir wollen Europäisches und Kommunales gemeinsam denken und so den Grundstein legen dafür, dass wir gut leben können – in einer intakten Umwelt und in einem Gemeinwesen, das Halt gibt. Die neue Buslinie, sichere Radwege, regionales Einkaufen, die Kita, die Sporthalle, Jugend- und Familienförderung, oder summende Blühwiesen:
Alle können am 26. Mai mit ihrer Stimme entscheiden, wer sie im Gemeinderat, in der Stadtversammlung, der Bürgerschaft, in den Kreistagen und im Europäischen Parlament vertritt und welche Projekte wirklich angepackt werden.

Jede Stimme für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN trägt dazu bei, den Zusammenhalt in unserem Land und von Europa zu stärken und den Aufbruch in eine nachhaltige Zukunft voranzubringen!

Naturvielfalt und Umwelt schützen
Gerade die kommunale Ebene ist für die Umweltpolitik von zentraler Bedeutung: Hier werden beispielsweise Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien genehmigt, Schutzgebiete für den Natur- und Landschafts- sowie den Grundwasserschutz ausgewiesen, und Maßnahmen gegen Lärm ergriffen. Wir wollen Lebensräume von Tier- und Pflanzenarten verbessern und dazu auch die Natur- und Landschaftsschutzgebiete wirksamer schützen und Biotopverbundsysteme schaffen. Wir GRÜNE setzen uns in den Städten und Gemeinden dafür ein, dass Gewässer- und Wegerandstreifen in kommunalem Eigentum wieder als ungenutzte Saumstrukturen die Landschaft beleben. Initiativen für pestizidfreie Kommunen oder „Essbare Städte“ wollen wir voranbringen.
In den Städten wollen wir Bäume und Grünflächen erhalten, grüne Achsen mit attraktiven Geh- und Radwegen schaffen und die Aufenthaltsqualität in den Städten und Dörfern steigern. Bei der Stadt- und Dorfentwicklung soll Innenentwicklung und flächensparendes Bauen Vorrang haben.
Mit kommunalen Initiativen wollen wir Müll reduzieren, Mehrwegsysteme wie ReCup fördern, Plastik vermeiden und ressourcenschonendes Wirtschaften erleichtern.

Klimakrise meistern - Klimaschutz vorantreiben
Die Klimakrise ist die größte akute Gefahr der Menschheit. Um sie zu meistern müssen wir die Energiewende konsequent umsetzen. Klimaschutz fängt dabei in den Kommunen an. Deshalb werden wir weiter darauf hinwirken, dass in allen Städten und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern ambitionierte Klimaschutzkonzepte umgesetzt werden.

Dafür wollen wir den Anteil der Klimaschutzprojekte sowohl an den Maßnahmen
des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), als auch des Europäischen Landwirtschaftsfond für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) im operationellen Programm der Landesregierung mindestens für die Förderperiode 2021-2027 stark erhöhen. Zudem fordern wir, dass zukünftig insgesamt keine Projekte gefördert werden, die klimaschädlich sind.

Wir wollen, dass die Kommunen eine Vorbild- und Vorreiterfunktion einnehmen bei der Senkung des Energieverbrauchs ihrer Gebäude, bei der energiesparenden, ökologischen Planung neuer Bau- und Gewerbegebiete, bei der Ausweisung von Standorten für die Erzeugung von Erneuerbaren Energien. Die Stadtwerke wollen wir als Motoren der Energiewende stärken. In den Häfen des Landes wollen wir flächendeckend Landstrom einrichten.

Auch der Verkehrswende kommt dabei eine wichtige Rolle zu. In vielen Regionen unseres Landes werden Dörfer fast nur von Schulbussen angefahren. Dabei ist ein funktionierender Öffentlicher Personennahverkehr nicht nur gut für´s Klima, er garantiert auch Teilhabe und sorgt dafür, dass der ländliche Raum nicht leer gezogen wird. Wir setzen darum auf die konsequente Ausweitung von Rufbussystemen, wie sie beispielsweise in Vorpommern-Greifswald erprobt wurden. Ziel muss dabei sein, die ÖPNV-Flotten der Städte und Landkreise auf alternative Antriebe umzustellen, um so CO2-Emmissionen zu reduzieren. Wir brauchen zudem Radschnellwege zu und in den Städten, um die Straßen vom täglichen Ein- und Auspendelautoverkehr zu entlasten.

Mecklenburg-Vorpommern war im vergangenen Jahr das beliebteste innerdeutsche Urlaubsziel. Das ist für die Urlaubsregionen jedoch Segen und Fluch zugleich, denn an Anreise- und Regentagen sind die Straßen verstopft. Darum setzen wir uns ein für Anreisemöglichkeiten mit der Bahn und die Wiedereinrichtung der Südbahn, der Usedom-Südanbindung über die Karniner Brücke und der Darßbahn. So werden sowohl Klima und Umwelt als auch Nerven von Einheimischen und Tourist*innen geschont. Vor Ort brauchen wir aufeinander abgestimmte Bus- und Bahnlinien und günstige regionale ÖPNV-Tickets wie die Kaiserbädercard, die für unkomplizierte Mobilität auf der Insel Usedom und Umgebung sorgt.

Um Mecklenburg-Vorpommern insbesondere auch in den küstenfernen Regionen sowohl für die Bewohner*innen als auch die Tourist*innen infrastrukturell aufzuwerten und zu erschließen, möchten wir "Rad- und Fußwege auf dem Land“ gezielt als wichtige Infrastrukturprojekte über den ELER- bzw. EFRE-EU-Fond mittels eines neuen Förderschwerpunktes angehen.

Für eine nachhaltige Landwirtschaft, die Stadt und Land verbindet
Die Art und Weise wie Boden bewirtschaftet wird, hat weitreichende Folgen für die Umwelt, das Klima und die Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse, des Bodens und der Gewässer. Wir alle tragen dafür Verantwortung: als Konsumenten, Landeigentümer*innen oder Landwirt*innen. Die Greifswalder Agrarinitiative hat es sich in einem mehr als 5jährigem Prozess zum Ziel gesetzt, Landeigentümer*innen und Landwirt*innen

gleichermaßen dafür zu sensibilisieren und in die Pflicht zu nehmen.
Wir wollen die Ideen der Greifswalder Agrarinitiative in die Fläche tragen: In Kooperationsvereinbarungen verständigen sich öffentliche Landeigentümer*innen und landwirtschaftliche Betriebe auf Maßnahmen, welche die Biodiversität, den Klima- und den Gewässerschutz fördern (z.B. Lerchenfenster, Anpflanzungen von Hecken, breiter Pufferstreifen zu Gewässern und Söllen, Blühstreifen etc.). Eine einzelbetriebliche Naturschutzberatung ist dabei anzustreben. Gleichzeitig muss das Land dafür Sorge tragen, dass dies ausreichend finanziell unterstützt wird und Beratungs-Kapazitäten ausbauen.

In Mecklenburg-Vorpommern werden jährlich knapp 400 Mio. € an EU-Agrarförderung (GAP) als pauschale Flächenprämie an die Bäuerinnen und Bauern direkt ausgeschüttet. Diese leistungsungebundenen Zahlungen belohnen lediglich Besitz und Größe, tragen zu den massiven Boden- und Pachtpreissteigerungen bei und verstärken so das „Wachsen oder Weichen“ in der Landwirtschaft. Sie entfalten keine Lenkungswirkung auf die Art der Bewirtschaftung. Wir wollen die GAP neu ausrichten - einerseits weg von den ineffizienten, pauschalen Direktzahlungen, um die Pacht- und Bodenpreisexplosion zu stoppen, andererseits hin zu einer verbesserten Ausstattung der 2. Säule für eine explizite Förderung einer naturverträglichen, bäuerlichen Landwirtschaft. Die europäische Landwirtschaftspolitik muss diejenigen Landwirte belohnen, die Artenvielfalt, Klima, Böden und Gewässer schützen sowie Tiere artgemäß halten.

Nachhaltig Wirtschaften für die Menschen in den Regionen
Wir setzen auf ökologisches Wirtschaften, das Lebensqualität schafft, Mitbestimmung ermöglicht sowie Sozialstandards und Geschlechtergerechtigkeit achtet.
Beschaffungs- und Ausschreibungsrichtlinien sollen diesen Standards genügen und regionale und fair gehandelte Produkte und Dienstleistungen bevorzugen. Öffentliche Ausschreibungen wollen wir über kleine Losgrößen so gestalten, dass regionale Unternehmen eine realistische Chance im Bieterwettstreit haben.
Für eine bessere Wertschöpfung aus und für die Regionen wollen wir regionale Kreisläufe ankurbeln, eine gemeindeübergreifende Zusammenarbeit stärken und innovatives Wirtschaften fördern. Start-ups und die Förderung kleiner, nachhaltiger Unternehmen sehen wir als Aufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung. Diese Wirtschaftsförderung muss den SDG (Sustainable Development Goals) Maßgaben genügen. EFRE-Mittel sollen gemeinwohlökonomische Unternehmen besonders fördern.

Die EU unterstützt Forschung und Lehre in den Universitäten und Hochschulen des
Landes. So wird in Rostock etwa an einer Verbesserung der Herzklappentransplantation
geforscht. Die Unterstützung solcher Forschungsprojekte durch die EU schafft nicht nur
mehr Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten. Sie bereitet auch Chancen, dass sich aus der Hochschulforschung Unternehmen ausgründen, die

mehr wirtschaftliches
Potenzial ins Land bringen. Wir fordern die Landesregierung auf, diese Chancen kommunal ernst zu nehmen und stärker zu unterstützen. Zudem wollen wir die internationale Forschung kommunal unterstützen, etwa durch die stärkere Zusammenarbeit mit Partnerstädten, das Werben für ein Auslandsstudium in MV und die Unterstützung von Erasmusstudent*innen. Zudem wollen wir das Erasmus+ Programm in MV bekannter machen und so mehr Menschen ermöglichen, es zu nutzen.

Kultur verbindet
Kultur verbindet Menschen und Regionen, Stadt und Land, regt zum Nachdenken, Diskutieren und Bleiben an. Nicht nur deshalb ist sie für uns unverzichtbar. Damit Kultur ihre volle Wirkung entfalten kann, muss sie sich frei entwickeln können und erlebbar sein. Damit Kultur unabhängig vom eigenen Auto erlebt werden kann, wollen wir das Angebot von Theaterbussen - wie es sie von Mai bis Oktober beispielsweise auf Rügen gibt - auch auf andere Regionen und Theater ausweiten.
Wir treten für starke Kreiskulturräte ein, die die Interessen von Kulturschaffenden bündeln und für Vernetzung untereinander sorgen.

Solidarisches Miteinander - der sozialen Verantwortung gerecht werden
Alle Menschen sollen unabhängig von ihrer finanziellen Situation am täglichen Leben und Miteinander in unseren Regionen, Städten und Dörfern teilhaben können. Deshalb treten wir GRÜNE für gut ausgestattete Schulen, Begleitung, Betreuung und Beratung in prekären Lebenslagen, bezahlbaren Wohnraum und eine gute kommunale Daseinsvorsorge mit umfassenden sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Dienstleistungen ein. Auf eine flächendeckende, gute Gesundheitsversorgung, generationengerechtes Wohnen, Barrierefreiheit und Zugang zu guter Pflege muss besondere Aufmerksamkeit gelegt werden.

Wir wollen, dass Kommunen beim Wohnungsbau einen relevanten Anteil mietpreisgebundener Wohnungen vorgeben und selbst in den sozialen Mietwohnungsbau investieren. Wir unterstützen auch Baugemeinschaften und Genossenschaften, die preiswert Wohnraum schaffen.
Europäische Investitionen in Gemeindehäuser und Orte des Austausches und der Zusammenkunft, wie etwa in Blowatz, Lassahn oder Diemitz wollen wir verstärken. Es sind diese Orte, an denen Menschen zusammenkommen, in Diskurs miteinander treten und die Dorfgemeinschaft wiederaufleben lassen können.

Ebenso haben für uns gute Bildung und qualitative Betreuung in gut ausgestatteten, sanierten Kitas und Schulen hohe Priorität.
Bedarfsgerechte Öffnungszeiten und ein guter Personalschlüssel in Kitas sind ebenso wichtig wie eine faire Entlohnung der Erzieher*innen, Betreuer*innen und Lehrenden.
Eine gesunde Ernährung ist für Kinder- und Jugendliche besonders wichtig. Wir wollen, dass in Kitas, Horten und Schulen mehr Essen aus biologisch angebauten und regionalen Zutaten angeboten wird, und die DGE Standards in allen Kitas und Schulen umgesetzt werden. Perspektivisch wollen wir, dass in den Einrichtungen bzw. vor Ort gekocht wird.

Wir setzen uns für den Erhalt des europäischen INTERREG Programmes ein. Durch dieses werden die Menschen entlang der Oder, egal ob in Deutschland oder Polen, zusammengebracht und können miteinander in Austausch stehen. So wird etwa Schüler*innen ermöglicht gemeinsam zu musizieren oder Sport zu treiben. In dem Projekt „Sprache verbindet – Abbau sprachlicher Barrieren als Schlüssel für eine engere Zusammenarbeit in der Euroregion Pomerania“ wird Beamten der Stadt Greifswald die Möglichkeit gegeben Polnisch zu lernen. Gleiches findet auch in Szczecin statt. So entsteht gegenseitiges Verständnis und Vertrauen.

Für ein landesweites kostenloses Schul- und Freizeitticket
Der Weg zur Schule hängt für Schüler*innen in Mecklenburg-Vorpommern in sehr unterschiedlichem Maße davon ab, wo sie wohnen. Ein Flickenteppich von unterschiedlichsten Regelungen, das ist das Ergebnis der durch den Landtag beschlossenen Regelung des § 113 Schulgesetz MV. Je nachdem, wo ein Schulkind lebt, bekommt es entweder die Fahrt nur zur zuständigen Schule bezahlt, oder es bekommt einen Fahrtkostenzuschuss bei Besuch einer nicht zuständigen Schule, manchmal aber nur dann, wenn eine festgelegte Entfernung überschritten wird. In einigen Landkreisen kann zusätzlich für kleines oder auch großes Geld ein Freizeitticket hinzugekauft werden. In anderen fahren die Kinder komplett kostenfrei in öffentlichen Verkehrsmitteln.
Ein solches Regel-Sammelsurium schafft unnötige Verwaltungskosten und große Ungerechtigkeiten. Wir wollen deshalb eine landeseinheitliche Regelung im Schulgesetz. Wir wollen ein landesweit gültiges kostenfreies Kinder- und Jugendticket für alle öffentlichen Verkehrsmittel im Land. Bis zu dessen Einführung muss im Finanzausgleichsgesetz geregelt werden, dass der für die Kommunen durch die Schülerbeförderung anfallende Kostenanteil auf maximal 50 % beschränkt wird. Hierfür werden sich GRÜNE in allen kommunalen Vertretungen einsetzen, denn nur gleiche Bedingungen für alle, egal ob Schüler*in oder Auszubildende*r, sind faire Bedingungen.

Starke Beteiligung und gleiche Rechte
Wir leben Bürgerbeteiligung und wollen eine Politik des Miteinanders weiter etablieren. Die Öffentlichkeit soll über anstehende Projekte frühzeitig informiert und Bürger*innen zu wichtigen Planungen angehört und einbezogen werden. Wir setzen uns für Ortsteilbudgets und die schrittweise Einführung von Bürgerhaushalten ein.
Die Ausschusssitzungen der Kreistage, Stadtvertretungen, Bürgerschaften und Gemeindevertretungen sollen grundsätzlich öffentlich sein. Die Vorlagen und Protokolle aus diesen öffentlichen Sitzungen sollen online zur Verfügung gestellt werden. Sitzungen der Kreistage, Stadtvertretungen und Bürgerschaften sollten, zum Beispiel via Onlinestream, übertragen werden.

Wir wollen die Chancen und Potentiale der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung gezielt nutzen, um den Bürgerservice zu modernisieren und zu verbessern. Informationsmöglichkeiten im Internet müssen ausgebaut und verbessert werden. Dazu gehören u.a. Benutzerfreundlichkeit, Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit. Auch Informationen über Bebauungspläne und andere städtische Planungen und

Konzepte müssen im Internet leicht zugänglich sein. Die Bürger*innen müssen überall unkompliziert Behördengänge auch online erledigen können.

Die Versorgung mit einer guten Breitbandinfrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor speziell für den ländlichen Raum, und Grundvoraussetzung für die Teilhabe aller. Unternehmen brauchen leistungsfähige Glasfaseranschlüsse, um wettbewerbsfähig zu bleiben, und für die Bürgerinnen und Bürger hat sich das Internet zu einem elementaren Bestandteil des Alltagslebens entwickelt. Daher sind die bestehenden Lücken in der Breitbandversorgung zeitnah zu schließen und eine flächendeckende Versorgung zu gewährleisten.

Wir wollen Chancengleichheit für alle. Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen gleichberechtigt in der Kommunalpolitik vertreten sind und gehen als GRÜNE mit gutem Beispiel voran, indem wir unsere Listen paritätisch aufstellen. Die Büros der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten müssen gut ausgestattet sein, um wirkungsvoll arbeiten zu können. Wir setzen uns ein für mehr familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und Kinderbetreuungsangebote in den Verwaltungen und kommunalen Einrichtungen.

Auch Kinder und Jugendliche müssen ihre Ideen und Einschätzungen in die Kommunalpolitik einbringen können. Deshalb wollen wir Kinder- und Jugendparlamente und andere Beteiligungsformen zum Beispiel Jugendbeiräte fördern.

Kleine soziale Projekte in den Kommunen zeigen oft große Wirkung und haben für alle Bürger*innen einen hohen Mehrwert. Interkulturelle Projekte, die das Zusammenleben unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Weltanschauungen befördern, sowie geschlechtsspezifische Präventionsarbeit, Initiativen gegen Rechtsextremismus und der Heimat- und Kulturverein brauchen die Unterstützung der gesamten Kommune.

Für starke Kommunen
Vielen Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern droht der Verlust der finanziellen Eigenständigkeit. Freiwillige Aufgaben und zukunftsfähige Investitionen können nicht getätigt werden, weil die Gemeinden und Landkreise häufig noch nicht einmal den für Förderprogramme notwendigen Eigenanteil erbringen können. Die Kommunen wissen am besten, wo sie investieren wollen und auch müssen. Das Land hält die Kommunen kurz und fährt jährlich Haushaltsüberschüsse im dreistelligen Millionenbereich ein. Deshalb plädieren wir für eine angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen. Wir schließen uns dem Städte- und Gemeindetag an, der eine auf Dauer einzurichtende Infrastrukturpauschale in Höhe von 166 € je Bürger*in fordert, um damit ab dem Jahr 2020 auf den Durchschnitt aller Flächenländer bei den Finanzzuweisungen zu kommen. Nur so können gleichwertige Lebensverhältnisse geschaffen und verhindert werden, dass der Nordosten nicht weiter von der Entwicklung abgehängt wird.
Gleichzeitig müssen Aufgaben, die in den letzten Jahren vom Land auf die Kommunen übergegangen sind, auf ihre Ausfinanzierung hin überprüft werden. Nur so kann erreicht werden, dass Infrastruktur erhalten und ausgebaut

werden kann. Radwege, Feuerwehren, Kindergärten, Schulen, Kultureinrichtungen und Vereine warten dringend darauf.
Die Förderprogramme der EU sollen auch den Menschen die Möglichkeiten geben, eigenständig ihr Umfeld zu verbessern, die konkreten Probleme vor Ort zu lösen, und die Chancen der verschiedenen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns zu nutzen.
Wir möchten einerseits das Beratungsangebot für Bürger*innen in den Kommunen weiter ausbauen, andererseits aber auch Hürden abbauen. Um mehr Projekte zu ermöglichen, wollen wir den Eigenanteil der Förderung absenken, die Möglichkeit schaffen, sich von der Vorausleistung zu befreien und Fristzeiträume erweitern. So können sich mehr Menschen beteiligen.

Knapp 2,3 Milliarden Euro erhält Mecklenburg-Vorpommern innerhalb der siebenjährigen
Förderperiode insgesamt von der EU. Doch obwohl die Förderperiode nur noch 22 Monate andauert, sind weniger als 30% der Mittel genutzt worden. Dieser Wert ist
bundesweit unterdurchschnittlich und konstatiert Verwaltungsversagen. Etliche Projekte
sind noch nicht angefangen. Die Landesregierung schafft es nicht, die Unterstützung, die
sie bekommt, zu nutzen. Wir fordern daher eine Verbesserung der Verwaltungsstrukturen
und ein automatisiertes Monitoring, das Regierung und Parlament regelmäßig über den
Fortschritt der Förderprojekte informiert und so zur Umsetzung motiviert.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MV will Europa demokratischer machen, die Souveränität des Europäischen Parlaments stärken und den Einfluss des Rates abschwächen. Wir machen uns stark für ein geeintes Europa, das die Menschen im Vordergrund sieht. Ein Europa, das zusammenhält, Kulturen stärkt und verknüpft, durch sprachlichen Austausch Solidarität garantiert, Vertrauen in die Fähigkeiten seiner Bürger*innen hat und ihnen die Chancen gibt, die sie brauchen, um zu wachsen, sich zu entwickeln und einander zu
vertrauen. Ein Europa, dass die Regionen stärkt und uns verbindet.